

# What will happen?

**USA.** Wie wird sich der Wahlausgang in den USA auf die deutsche Wirtschaft auswirken? Aus dieser Perspektive nimmt der iwd die Wahlprogramme der beiden Kandidaten unter die Lupe. Und Daniel Andrich, Leiter des gemeinsamen Washingtoner Büros von DIHK und BDI, wirbt für mehr Integration im transatlantischen Handel.

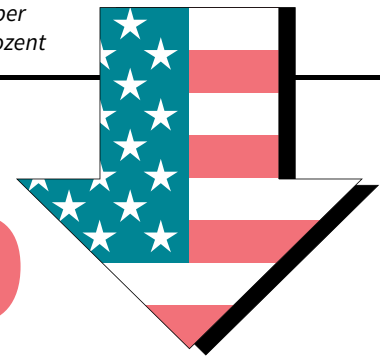
→ [Seiten 2-4](#)

## USA kaufen weniger deutsche Güter

Veränderung der deutschen Waren-  
ausfuhren in die USA gegenüber  
dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Mai bis Juli 2016

-9,9

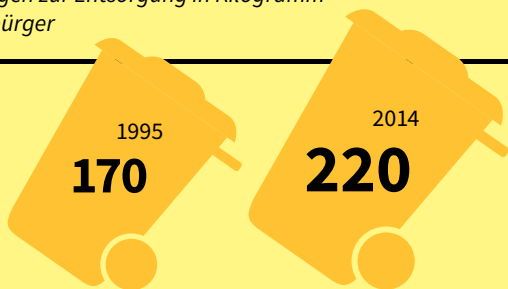


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Immer mehr Müll

Verpackungen zur Entsorgung in Kilogramm  
je Bundesbürger



Ursprungsdaten: Gesellschaft für Verpackungs-  
marktforschung, Umweltbundesamt  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

# Alles muss weg

**Müll.** Einerseits ist Deutschland mit 220 Kilogramm je Einwohner „Europameister“ in Sachen Verpackungsmüll. Andererseits hat die Bundesrepublik mit gut 70 Prozent eine der höchsten Recyclingquoten in Europa. Apropos Wiederverwertung: Die EU will den Verbrauch von Plastiktüten einschränken, doch echte Alternativen zu finden, ist gar nicht so einfach. Viel wäre schon gewonnen, wenn die Verbraucher mitmachen – und die Plastiktüten umweltgerecht entsorgen.

→ [Seiten 6-9](#)

# Technik hilft

**Digitalisierung.** Der deutsche Arbeitsmarkt bleibt vom digitalen Wandel bislang nahezu unberührt – so ist der Anteil der befristet Beschäftigten seit 1998 kaum gestiegen. Und auch wenn inzwischen in der deutschen Industrie mehr als 175.000 Roboter am Werk sind, sorgen sich nur wenige Arbeitnehmer um ihren Job. Mehr als jeder zweite hält dagegen die neuen Technologien für hilfreich.

→ [Seite 5](#)

# „Mein iwd“

**iwd.de.** Wer schon immer gerne einzelne iwd-Artikel aus dem Heft gerissen und archiviert hat oder regelmäßig iwd-Grafiken an die Wand pinnt, der wird sich über diese Weiterentwicklung des Onlineangebots iwd.de freuen: Ab sofort können iwd-Beiträge und Grafiken auch online „abgeheftet“ werden. Aber nicht nur das, nach einem Login unter „Mein iwd“ lassen sich Textstellen markieren, Anmerkungen notieren und Benachrichtigungen zu individuell ausgewählten Themen abonnieren. Nichts mehr verpassen und nichts mehr vergessen – „Mein iwd“ macht's möglich.



# Zwei Kandidaten, viele Fragezeichen

**USA.** Zwar wächst die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten, doch seit der Weltwirtschaftskrise 2009 erholt sich die amerikanische Konjunktur nur schleppend. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen machen die Lage nicht besser, denn weder Donald Trump noch Hillary Clinton können ein schlüssiges Konzept vorweisen, wie sie der US-Wirtschaft zu mehr Schwung verhelfen wollen.

In wenigen Tagen wählt Amerika einen neuen Präsidenten. Ob der Multimilliardär Donald Trump oder die ehemalige First Lady und Außenministerin Hillary Clinton zum Lenker der größten Volkswirtschaft der Welt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation. Aktuelle Umfragen zufolge führt zwar Clinton mit komfortablem Vorsprung, doch im Land der unbegrenzten Möglichkeiten kann der Trend jederzeit kippen.

Eine Sache ist aber schon klar – wer auch immer ins Weiße Haus einzieht, wird mit gravierenden Problemen zu kämpfen haben. Die zunehmenden innenpolitischen Spannungen gehören dazu, aber auch eine schwächelnde Wirtschaft, die nach wie vor im Krisenmodus läuft und kein gesundes Wachstum zu erzielen vermag. Von einer Rückkehr zu alter Stärke ganz zu schweigen.

So hat sich nach einem vergleichsweise guten Start ins Jahr 2015 das Expansionstempo der US-Wirtschaft zum Jahreswechsel erheblich verlangsamt – eine Tendenz, die sich auch im Jahr 2016 fortsetzt:

**Das reale Bruttoinlandsprodukt übertraf im zweiten Quartal 2016 den Vorjahreswert um gerade mal 1,3 Prozent – das war das niedrigste Wirtschaftswachstum seit drei Jahren.**

Zwar sorgt die konsumfreudige Bevölkerung – der private Konsum macht etwa 70 Prozent der US-Wirtschaftsleistung aus – nach wie vor für wichtige Wachstumsimpulse. Doch das reicht nicht, um die Unsicherheiten im Unternehmenssektor zu beseitigen und ein gutes Investitionsklima zu erzeugen. Insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahl haben sich viele Firmen mit Investitionen zurückgehalten.

Auch die amerikanische Exportwirtschaft kommt nicht in Schwung, denn der stagnierende Welthandel

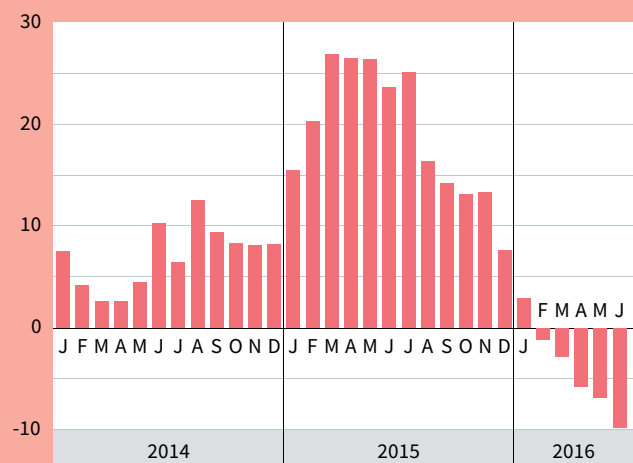
und der starke Dollar lassen kaum Spielraum für Expansion. Dies vergrößert das ohnehin beachtliche Außenhandelsdefizit noch weiter (Grafik Seite 3):

**Im Jahr 2015 belief sich das US-Leistungsbilanzdefizit auf 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.**

Der Importüberhang ist längst Wahlkampfthema. Die Lösung des Republikaners Trump lautet: Abschottung und Protektionismus. Der Unternehmer will im Falle seines Wahlsiegs bestehende Handelsverträge wie den mit Mexiko und Kanada neu verhandeln. Aus seiner Sicht ließen sich damit gleich mehrere Probleme lösen. Zum

## USA: Auf und Ab der deutschen Exporte

Veränderung der deutschen Warenausfuhren in die USA gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Warenausfuhren: jeweils gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt  
© 2016 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

einen könnten einseitige Steuerbelastungen aus dem Weg geräumt werden – zum Beispiel die für US-Exporteure fällige Mehrwertsteuer an der mexikanischen Grenze. Zum anderen verbreitet Trump die These, dass durch Freihandelsabkommen Jobs von den USA in andere Länder abgewandert seien.

Beide Phänomene sind jedoch keine Folge von Freihandelsabkommen. Dass in den USA in den vergangenen Jahrzehnten vor allem in der Industrie viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind, hat mit dem Strukturwandel zu tun. Die Unternehmen in den Vereinigten Staaten haben sich zunehmend auf Dienstleistungen spezialisiert, das Verarbeitende Gewerbe trägt nicht einmal mehr 12 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Zum Vergleich: In Deutschland ist der Anteil mit rund 22 Prozent fast doppelt so hoch.

Der Wandel auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt fand zudem größtenteils zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1990er Jahre statt – das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Mexiko, den USA und Kanada trat aber erst 1994 in Kraft.

Auch das mexikanische Mehrwertsteuerproblem lässt sich durch ein aufgekündigtes Freihandelsabkommen nicht beheben.

Das Programm des republikanischen Kandidaten wirft nicht nur in puncto Handelspolitik Fragen auf. Unklar ist beispielsweise auch, wie Trump die Steuervergünstigungen von rund 10 Milliarden Dollar finanzieren will, die er der amerikanischen Wirtschaft in Aussicht stellt. Der Saldo des Staatshaushalts ist seit Jahrzehnten negativ, die Staatsverschuldung ist höher als die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung Amerikas.

Einen etwas anderen Kurs dürfte Hillary Clinton einschlagen, falls sie Amerikas erste Präsidentin wird. Zwar ist auch Clinton zuletzt in die Antiglobalisierungsdebatte eingestiegen, doch aller Voraussicht nach wird sie – anders als Trump – weiter mit der EU über TTIP verhandeln. Auch dürfte sie die letzten nötigen Schritte hin zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) mit elf Handelspartnern aus dem asiatisch-pazifischen Raum vollziehen.

Darüber hinaus verspricht auch die demokratische Kandidatin neue Jobs – ohne jedoch zu erklären, wie diese entstehen sollen. Clinton fehlt wie Trump ein Konzept, wie die Innovationskraft Amerikas wiederbelebt werden könnte.

Clinton oder Trump? Die Antwort ist auch für die deutsche Wirtschaft relevant, denn der Wahlsieger entscheidet mit darüber, wie sich das Exportgeschäft zwischen beiden Ländern entwickeln wird. Auch wenn die deutschen Wareneinfuhren in die USA im Jahr 2015 um fast

ein Fünftel zugelegt haben – ein Selbstläufer sind sie deshalb noch lange nicht (Grafik Seite 2):

**In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lagen die deutschen Ausfuhren in die USA um rund 6 Prozent unterhalb denen des Vorjahreszeitraums.**

Die Unsicherheit, die beide Präsidentschaftskandidaten mit ihren unausgegorenen Konzepten zur amerikanischen Wirtschaftspolitik verursachen, ist offenbar längst in so manchem deutschen Unternehmen angekommen.

## USA und Deutschland in Zahlen

im Jahr 2015

	USA	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt (BIP) Reale Veränderung gegenüber 2014 in Prozent	2,6 	1,5 
BIP in Milliarden Dollar	18.037 	3.365 
BIP je Einwohner in Dollar, kaufkraftbereinigt	56.084 	46.974 
Gesamtwirtschaftliche Ersparnis in Prozent des BIP	19,1 	27,7 
Verbraucherpreise Veränderung gegenüber 2014 in Prozent	0,1	0,1
Arbeitslosenquote in Prozent	5,3 	4,6 
Bevölkerung in Millionen	321,6 	82,2 
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	-3,5 	0,7 
Schuldenstand in Prozent des BIP	105,2 	71,0 
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	-2,6 	8,4 

Quelle: Internationaler Währungsfonds  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**USA.** *Der Antihandels-Rhetorik, die im US-Wahlkampf von beiden Präsidentschaftskandidaten zum Stimmenfang genutzt wurde, stehen in der Realität etablierte und gute transatlantische Handelsbeziehungen entgegen. Die USA sind Deutschlands wichtigster Exportmarkt. Neben dem Handel hat auch das Thema der Digitalisierung großes Potenzial, den transatlantischen Markt weiter zu integrieren, findet **Daniel Andrich**, Leiter der gemeinsamen Vertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages in Washington.*



Foto: Jeremy Meek

# Integration statt Isolation

Wie der nächste US-Präsident oder die nächste US-Präsidentin die wirtschaftspolitischen Weichen des Landes stellen wird, ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Die USA sind zum wichtigsten Exportmarkt Deutschlands geworden. 2015 importierten die Vereinigten Staaten Waren aus Deutschland im Gesamtwert von 125 Milliarden Dollar.

Über 3.500 Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen haben sich in den USA angesiedelt. Die meisten davon sind US-Niederlassungen kleiner und mittlerer deutscher Betriebe. Rund 4.700 Unternehmen profitieren in den USA von deutschen Kapitalbeteiligungen. Laut des US-Wirtschaftsministeriums beschäftigten im Jahr 2015 deutsche Unternehmen in den USA über 670.000 Arbeitnehmer, rund die Hälfte davon im Verarbeitenden Gewerbe.

Mit Sorgen muss man daher aus deutscher Perspektive die Antihandels-Rhetorik im amerikanischen Wahlkampf betrachten, die Ressentiments der Bevölkerung aufgreift und verstärkt, statt diesen aufklärend entgegenzuwirken. Für Deutschland als Exportnation ist ein weitgehend reibungsloser Warenaustausch mit anderen Ländern ausschlaggebend. Nicht nur Deutschland profitiert vom freien Handel. Weltweit stehen jene Länder wirtschaftlich gefestigt da, die im globalen Handelsnetz fest verankert sind und ihre Grenzen für Personen und Waren durchlässig halten.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump macht wiederholt Handelsabkommen für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verantwortlich. Handelsabkommen hätten der gesamten US-Wirtschaft nachhaltig geschadet. „Americanism, not Globalism“ werde seine Präsidentschaft bestimmen. Die Transpazifische Partnerschaft (TPP) werde er

ablehnen und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) neu verhandeln.

Auch die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton kritisiert Handelsabkommen, wenngleich in abgeschwächter Form. Handelsabkommen dürften nicht nachteilig für die USA sein und Jobs ins Ausland verlagern. TPP werde sie in der jetzigen Form ablehnen. Man dürfe sich aber nicht vom Rest der Welt isolieren. Das in Deutschland kontrovers diskutierte Handelsabkommen TTIP, das den Handel zwischen Europa und den USA regeln soll, wird in den Reden und Debatten beider Kandidaten nicht erwähnt.

Unabhängig davon, wer die Präsidentschaftswahl gewinnen wird: Aus Sicht der deutschen Wirtschaft ist entscheidend, dass die Unternehmen auch in Zukunft in einem auf Vertrauen basierenden transatlantischen Geschäftsumfeld tätig sein können. Dafür müssen Märkte offen bleiben und stabile politische und rechtliche Rahmenbedingungen herrschen. Hierfür muss sich die nächste US-Administration einsetzen.

Neben dem Handel hat das Thema „Digitalisierung“ das Potenzial, den transatlantischen Wirtschaftsraum weiter zu integrieren. Der transatlantische Markt kann sich weltweit am besten behaupten, wenn beide Seiten des Atlantiks ihre „digitalen Stärken“ einbringen: In den USA ist dies die Fähigkeit, riesige Datenmengen zu analysieren und somit immer neue Dienstleistungen für die Endkunden passgenau anbieten zu können; auf europäischer Seite ist es die „Industrie 4.0“, also die vollständige Digitalisierung und Integration der industriellen Wertschöpfungskette. In Zukunft muss das wirtschaftspolitische Potenzial der Digitalisierung in der Politik noch viel stärker als bislang thematisiert werden.

# Übertriebene Ängste

**Digitalisierung.** Durch den Einsatz neuer Technologien verändert sich die Arbeitswelt grundlegend. Arbeitnehmer müssen sich zwar anpassen, doch um ihre Jobs müssen sie sich keine Sorgen machen, zeigt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer neuen Analyse.

Der digitale Wandel macht in vielen Branchen die Arbeit effizienter und schneller, schürt aber auch Ängste. Politik und Gewerkschaften fürchten durch Automatisierung und Beschleunigung weniger Jobsicherheit und mehr Belastungen für die Arbeitnehmer – die aufgerieben würden zwischen Homeoffice und Industrierobotern.

Doch noch lässt die Revolution auf sich warten: Aktuelle Daten zeigen, dass der Arbeitsmarkt sich in den vergangenen Jahren trotz digitalen Wandels strukturell kaum verändert hat.

Deutlich wird dies zum Beispiel bei den befristeten Arbeitsverträgen:

**Weniger als jeder zehnte Arbeitnehmer in Deutschland – ohne Auszubildende – hat einen befristeten Vertrag.**

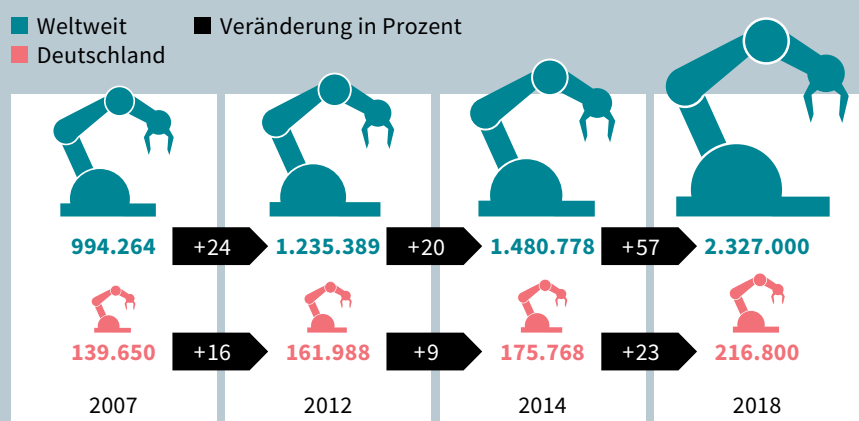
Der Wert ist seit 1998 nahezu konstant geblieben.

Gerade Branchen, die stark vom digitalen Wandel betroffen sind, liegen sogar unter dem Schnitt: In der Verkehrs- und Kommunikationsbranche sind nur 8 Prozent der Arbeitnehmer befristet beschäftigt, bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern sind es nicht mal 4 Prozent.

Insgesamt wird mehr als jeder zweite Arbeitnehmer weiterhin direkt unbefristet eingestellt – eine Quote, die seit 2004 stabil ist. Die Sorge, mehr Digitalisierung führe zu mehr prekären Arbeitsverhältnissen, ist also nicht begründet.

## Kollege Roboter

Zahl multifunktionaler Industrieroboter



2018: Schätzung World-robotics

Ursprungsdaten: World-robotics, Jäger et al. (2015)  
© 2016 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Eine wesentliche Rolle beim digitalen Wandel spielt der Einsatz von Robotern (Grafik):

**Im Jahr 2014 wurden rund 175.000 Roboter in der deutschen Industrie eingesetzt – ein Plus von 9 Prozent gegenüber 2012.**

Weltweit ist das Wachstum sogar noch größer. Von 2012 bis 2014 ist die Zahl der global eingesetzten Industrieroboter um 20 Prozent gestiegen. Bis 2018 könnten weitere 57 Prozent hinzukommen.

Dieser Trend schürt in der Politik die Befürchtung, die Konkurrenz zwischen Mensch und Maschine könnte zu Jobverlusten führen. Doch die meisten Arbeitnehmer teilen diese Bedenken nicht; nur 5 Prozent

machen sich Sorgen, durch den technischen Fortschritt ersetzbar zu werden.

**Dagegen glaubt mehr als jeder zweite Arbeitnehmer in Deutschland, dass sich die eigene Leistung durch den Einsatz neuer Technologien erhöht hat.**

Ähnlich viele hoffen, ihr Arbeitsleben durch den digitalen Wandel flexibler gestalten zu können sowie Familie und Beruf leichter miteinander zu vereinbaren.

### IW-Analysen Nr. 108

Oliver Stettes: Arbeitswelt der Zukunft – Wie die Digitalisierung den Arbeitsmarkt verändert

[iwkoeln.de/digitalisierung](http://iwkoeln.de/digitalisierung)



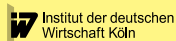
### Das Müll-Aufkommen

Verpackungsmüll 2014 in Kilogramm je Einwohner

<b>Deutschland</b>	<b>220</b>
Luxemburg	195
Italien	190
Irland	189
Frankreich	189
Vereinigtes Königreich	177
Estland	173
Niederlande	165
Dänemark	164
Belgien	155
Österreich	153
Portugal	151
Spanien	148
Malta	136
Finnland	134
Polen	127
Litauen	118
Schweden	113
Lettland	111
Ungarn	103
Slowenien	102
Tschechien	97
Zypern	91
Slowakei	86
Griechenland	68
Rumänien	53
Bulgarien	52
Kroatien	48

Angaben für Rumänien: 2012; Angaben für Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Zypern: 2013

Quelle: Eurostat  
© 2016 IW Medien / iwd



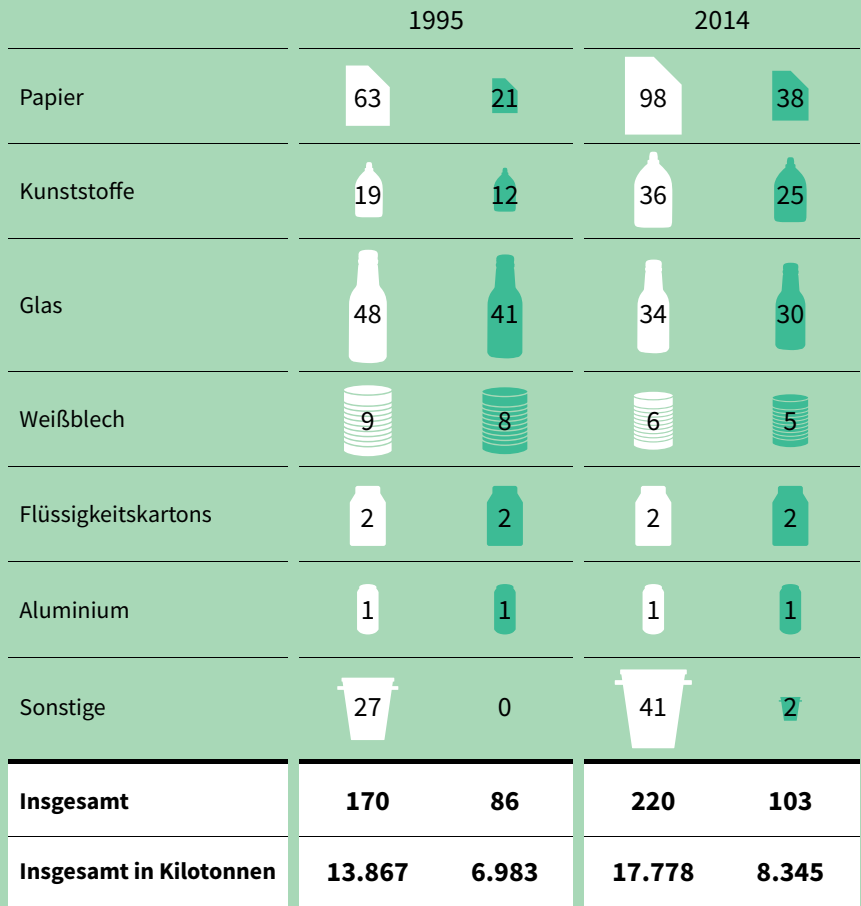
Verpackungsmüll lässt sich im Alltag zwar kaum vermeiden. Allerdings fallen in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedliche Mengen davon an. „Europameister“ ist Deutschland mit 220 Kilogramm an gewerblichem und privatem Müll je Einwohner – das macht insgesamt fast 18 Millionen Tonnen Verpackungsabfälle. In anderen EU-Ländern, insbesondere in Osteuropa, ist es wesentlich weniger.

# Alles Müll

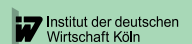
### Die Müll-Palette

Verpackungen zur Entsorgung in Deutschland in Kilogramm je Einwohner

darunter: von privaten Haushalten



Ursprungsdaten: Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung, Umweltbundesamt  
© 2016 IW Medien / iwd

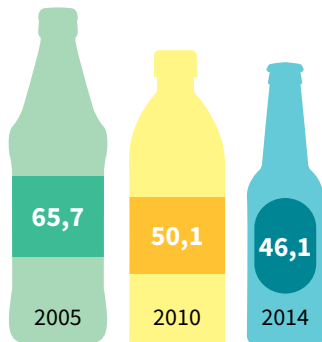


In Deutschland fielen im Jahr 2014 in den privaten Haushalten insgesamt gut acht Millionen Tonnen Verpackungsabfälle an – je Einwohner waren das mehr als 100 Kilogramm. Den größten Anteil an diesem Müll haben Verpackungen aus Papier, Pappe oder Karton. Veränderte Konsum- und Einkaufsgewohnheiten wie Onlineshopping, mehr Single- und Zweipersonenhaushalte sowie mehr To-go-Produkte sorgen dafür, dass Abfälle aus Papierverpackungen oder auch Kunststoffverpackungen deutlich zunehmen.

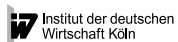
In vielen EU-Staaten, auch in Deutschland, gelten derzeit alle Abfallmengen als recycelt, die in den Verwertungsanlagen ankommen – unabhängig davon, ob diese tatsächlich recycelt werden. Das geplante EU-Kreislaufwirtschaftspaket soll nicht nur ein europaweites 75-Prozent-Recyclingziel für Verpackungsmüll enthalten, sondern auch nur noch jene Abfälle als recycelt betrachten, die die Anlagen als Sekundärrohstoff verlassen.

### Die Mehrweg-Quote

So viel Prozent der Getränke in Deutschland sind in Mehrweg- oder ökologisch vorteilhaften Einwegverpackungen mit einer Füllgröße von bis zu 10 Litern



Quellen: Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung, Umweltbundesamt  
© 2016 IW Medien / iwd



Die Bundesregierung schafft es seit Jahren nicht, den Mehrweganteil wie geplant zu erhöhen. Der Anteil der Wegwerfbehälter nimmt deutlich zu. Von einer Zielquote für Mehrweg, die bisher bei 80 Prozent lag, hat sich das Umweltministerium in einem Entwurf für ein neues Verpackungsgesetz sogar verabschiedet. Künftig sollen Schilder im Laden anzeigen, ob es sich um Mehrweg- oder Einwegflaschen handelt. Zudem hat sich ein großer Teil der Hersteller selbst verpflichtet, Einwegverpackungen besser zu kennzeichnen.

### Die Recycling-Quote

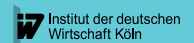
So viel Prozent des Verpackungsmülls wurden 2014 recycelt

■ Anstieg seit 2005 in Prozentpunkten

Belgien	79	2	Bulgarien	62	31
Tschechien	73	14	Portugal	61	17
<b>Deutschland</b>	<b>71</b>	<b>3</b>	Estland	<b>60</b>	20
Slowenien	70	25	Vereinigtes Königreich	59	5
Irland	70	15	Litauen	58	25
Spanien	69	18	Finnland	57	14
Niederlande	69	9	Rumänien	57	34
Dänemark	67	15	Zypern	57	46
Schweden	67	19	Polen	55	26
Italien	67	13	Lettland	55	8
Österreich	67	0	Kroatien	53	k. A.
Slowakei	65	36	Griechenland	52	11
Frankreich	65	12	Ungarn	52	6
Luxemburg	65	2	Malta	41	33

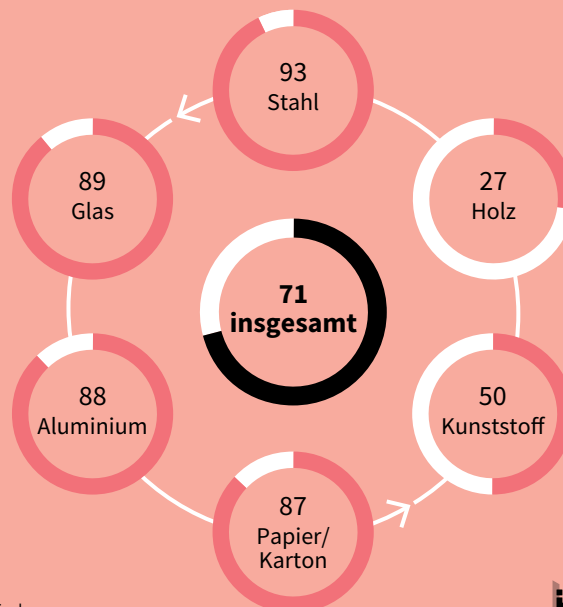
Angaben für Rumänien: 2012; Angaben für Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Zypern: 2013

Quelle: Eurostat  
© 2016 IW Medien / iwd

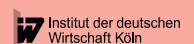


### Das Recycling-Gefälle

So viel Prozent des Verpackungsmülls wurden 2014 in Deutschland recycelt



Quelle: Eurostat  
© 2016 IW Medien / iwd



Sekundärrohstoffe werden durch Recycling aus entsorgtem Material gewonnen. Die Abfälle werden somit zu einer inländischen Rohstoffquelle und schonen natürliche Vorkommen. Allerdings gelingt die stoffliche Wiederverwertung nicht bei allen Abfällen gleich gut: Während nur etwa die Hälfte der Kunststoffabfälle recycelt wird, liegen die Quoten von Stahl-, Glas-, Aluminium- und Papierverpackungen jeweils bei rund 90 Prozent.

# Das Los der Plastiktüte

**Umweltschutz.** Die EU will den Verbrauch von Plastiktüten drastisch einschränken und hofft, dass die Verbraucher auf umweltfreundlichere Alternativen umsteigen. Das klingt richtig und gut, hat aber mehr als nur einen Haken.

Statistisch gesehen hat jeder EU-Bürger im Jahr 2010 genau 198 Plastiktüten verbraucht – und 175 davon waren Einwegtüten (Grafik Seite 9). Die Bundesbürger kamen zwar nur auf gut 70 Tüten pro Kopf, bei 82 Millionen Einwohnern summiert sich das aber auf mehr als sechs Milliarden Tüten. Weltweit wird der jährliche Verbrauch auf eine Billion Tüten geschätzt.

Weil Plastiktüten oft achtlos weggeworfen oder nicht richtig entsorgt werden und es – je nach eingesetztem Kunststoff – zwischen 100 und 500 Jahre dauert, bis eine Plastiktüte vollständig zerfallen ist, schreibt eine neue EU-Richtlinie vor, den jährlichen Verbrauch bis 2025 auf 40 Stück je EU-Bürger zu senken.

In Deutschland will man eine gesetzliche Regelung vermeiden und geht deshalb andere Wege. So sieht eine Vereinbarung zwischen Bundesumweltministerium und Handelsverband vor, dass innerhalb von zwei Jahren 80 Prozent der – bislang kostenlos abgegebenen – Kunststofftüten im Einzelhandel kostenpflichtig werden sollen. Der Anfang ist bereits gemacht:

**Seit dem 1. Juli 2016 sind Plastiktüten in Supermärkten und vielen anderen Geschäften nicht mehr gratis. Wie viel sie kosten, können die Händler selbst festlegen.**

Das Tütenproblem wird in vielen anderen Ländern über gesetzliche Vorgaben gelöst. Neuestes Beispiel ist England, das erst im Oktober 2015 ein entsprechendes Gesetz eingeführt hat. Seitdem kostet jede Plastiktüte mindestens 5 Pence (6 bis 7 Cent) bei Einzelhändlern mit mehr als 250 Angestellten, also vorwiegend Einzelhandelsketten. Die erste Bilanz ist positiv: Im Jahr 2014 gaben die sieben größten englischen Handelsketten 7,6 Milliarden Tüten an die Kunden ab – in den ersten sechs Monaten nach der Gesetzeseinführung waren es nur noch 640 Millionen Tüten. Abzuwarten ist, ob das langfristig so bleibt.

**Der Effekt auf die Umwelt.** Der überwiegende Teil der handelsüblichen Einwegplastiktüten besteht aus

Polyethylen. Als Rohstoff wird meist Neugranulat aus fossilem Rohöl verwendet. Wie die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt 2014 festgestellt hat, sind jedoch Einwegplastiktüten aus Polyethylen mit einem Recyclinganteil von mindestens 80 Prozent ökologisch deutlich vorteilhafter – auch im Vergleich mit anderen Einweg- und Mehrwegtüten wie normalen Plastiktüten aus Neugranulat, Papiertüten, kompostierbaren Taschen und Baumwollbeuteln.

Schon deshalb ist es fraglich, ob die EU mit ihrem Plan, die Plastiktüte abzuschaffen, auf dem richtigen Weg ist – oder ob es nicht besser wäre, verstärkt auf recycelte Plastiktüten umzusteigen.

Technisch gesehen sind alle diese Varianten Mehrwegtaschen. Wie häufig sie genutzt werden, hängt allerdings mehr vom Verhalten der Verbraucher ab, weniger vom Material. Laut einer Emnid-Umfrage aus

## Plastiktüten und ihre Alternativen

So häufig müssen die verschiedenen Arten von Tragetaschen mindestens eingesetzt werden, um eine geringere Umweltbelastung zu haben als Tragetaschen, die zu mindestens 80 Prozent aus recyceltem Kunststoff bestehen



„I'm green“-Tragetasche: Tragetasche aus Polyethylen, das aus nachwachsendem Rohstoff gewonnen wird

Quelle: Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt © 2016 IW Medien / iwd




## Die Plastiktüte in Europa

Plastiktüten pro Einwohner im Jahr 2010

- Einwegtüten
- Mehrwegtüten
- Insgesamt

Bulgarien	246	175	421
Tschechien	297	33	330
Rumänien	252	28	280
Griechenland	242	27	269
Italien	181	23	204
Vereinigtes Königreich	158	18	176
Zypern	125	15	140
Spanien	120	13	133
Malta	107	12	119
Schweden	100	11	111
Belgien	97	1	98
Frankreich	79	9	88
Niederlande	71	10	81
Dänemark	4	75	79
Finnland	4	73	77
<b>Deutschland</b>	<b>64</b>	<b>7</b>	<b>71</b>
Österreich	45	6	51
Irland	18	2	20
Luxemburg	18	2	20

Quellen: Eunomia, Europäische Kommission  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

dem Jahr 2012 nutzen 72 Prozent der deutschen Verbraucher ihre Einkaufstüten tatsächlich mehrfach.

Für die bessere Ökobilanz ist die Nutzungshäufigkeit jedenfalls das Maß aller Dinge (Grafik Seite 8):

**Um eine geringere Umweltbelastung zu haben als eine recycelte Kunststoff-Tragetasche, muss eine Tragetasche aus Baumwolle mindestens 83-mal benutzt werden.**

Kompostierbare Taschen sind zwar bereits ab der zwölften und Papiertüten schon ab der achten Verwendung vorteilhafter als recycelte Kunststofftaschen. Allerdings stellt sich bei beiden Varianten die maßgebliche Frage, ob das Material überhaupt so lange durchhält, um die Umweltwirkungen durch häufige Nutzung zu minimieren.

Selbst die Plastiktüte aus nachwachsenden Rohstoffen müsste mindestens viermal verwendet werden, um die Recyclingtüte zu schlagen. Der Grund: Biobasierte Kunststoffe werfen ihrerseits neue ökologische Probleme auf, denn der Anbau der dafür benötigten Rohstoffe wie Mais, Kartoffeln oder Zuckerrohr wirkt sich unter anderem durch die Überdüngung der Böden negativ auf die Umwelt aus.

**Die umweltgerechte Entsorgung.** Die große Aufmerksamkeit, mit der sich die Europäische Union nun den Plastiktüten widmet, ist vor allem dem Problem der weltweiten Vermüllung der Meere durch Plastikabfälle geschuldet. Drei Viertel des Mülls im Meer bestehen mittlerweile aus Kunststoffen.

Ursachen dafür sind vor allem das Verhalten der Verbraucher und unzureichende abfallwirtschaftliche Strukturen – oder anders gesagt: die nicht umweltgerechte Entsorgung der Plastiktüten.

Dabei dürfte es in Deutschland heutzutage eigentlich nicht passieren, dass Plastiktüten achtlos weggeworfen oder als Müllbeutel verwendet werden und so im Hausmüll landen. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gibt es hierzulande den „Gelben Sack“ beziehungsweise die „Gelbe Tonne“, beides Teil des sogenannten Dualen Systems (Kasten).

### Duales System Deutschland

Das Duale System Deutschland (DSD) wurde auf der Grundlage der Verpackungsverordnung von 1991 gegründet – „dual“ deshalb, weil Deutschland damit neben der kommunalen Abfallentsorgung ein zweites Verwertungssystem installiert hat. Aufgabe des privatwirtschaftlich organisierten Unternehmens ist es, das Sammeln und Sortieren von Verkaufsverpackungen mit dem „Grünen Punkt“ zu organisieren. Damit sind Handel und Hersteller, die dies über Lizenzentgelte finanzieren, von der in der Verpackungsverordnung vorgesehenen individuellen Rücknahmepflicht für gebrauchte Verpackungen freigestellt. Der „Grüne Punkt“ kann von Unternehmen genutzt werden, die mit dem DSD einen entsprechenden Lizenzvertrag über die Nutzung des Zeichens geschlossen haben. Die Kosten des DSD werden über den Verkaufspreis anteilig an die Verbraucher weitergegeben.

# EU verordnet Aufklärung

**Datenschutz.** Unternehmen veröffentlichen häufig eine ganze Reihe unterschiedlicher Erklärungen zum Datenschutz – und jede davon ist für die Kunden verwirrend genug. Eine Verordnung der EU soll für mehr Klarheit sorgen.

Ob Social-Media-Gigant oder Supermarktkette: Für Unternehmen aller Branchen sind Kundendaten in der digitalisierten Welt von hohem Wert. Denn die Firmen erfahren so von den Vorlieben ihrer Käufer, können daraufhin neue Produkte entwickeln oder die Daten an andere Unternehmen verkaufen.

Vielen Kunden ist nicht klar, auf welche Weise ihre persönlichen Daten von Unternehmen gespeichert und weiterverarbeitet werden. Das liegt auch an den Datenschutzerklärungen, mit denen die Unternehmen das Einverständnis der Kunden einholen müssen. Denn diese Erklärungen sind in den meisten Fällen lang und schwer verständlich.

Viele Firmen veröffentlichen für unterschiedliche Produkte oder Kundengruppen sogar voneinander abweichende Fassungen, wie der Digitalverband Bitkom herausgefunden hat (Grafik):

**Gut jedes zweite Unternehmen in Deutschland, das mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt, nutzt mindestens drei verschiedene Datenschutzerklärungen für seine Geschäftszwecke.**

Diese Erklärungsvielfalt dürfte viele Kunden zusätzlich verwirren.

Zwar sollen Datenschutzbestimmungen in erster Linie juristisch wasserdicht sein. Aus der Sicht des Verbraucherschutzes ist Datenschutz allerdings nur wirksam, wenn die Kunden überhaupt verstehen können, welche ihrer Daten wann, wie und warum erfasst werden.

**Mehr Klarheit soll die EU-Datenschutzgrundverordnung schaffen, die Ende Mai in Kraft getreten ist und spätestens im Mai 2018 vollständig angewendet werden muss.**

Die Verordnung bestimmt unter anderem, dass Unternehmen ihre Kunden über den Zweck der Datenspeicherung in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form informieren müssen. Dafür können die Firmen auch Piktogramme verwenden.

Inwieweit die EU-Vorgaben sich in der Praxis niederschlagen, bleibt allerdings abzuwarten. Immerhin hat mit

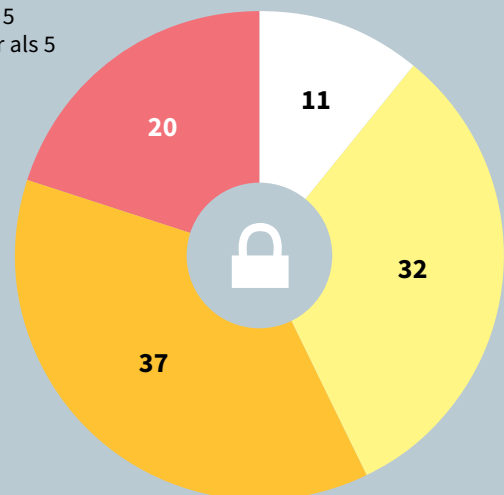
der Telekom der größte deutsche Telekommunikationsanbieter inzwischen eine ergänzende Datenschutzerklärung herausgegeben, die alle wichtigen Aspekte auf einer Seite zusammenfasst. In diesem „One-Pager“ erfährt der Nutzer unter anderem, welche Daten wie gespeichert werden und dass die Telekom sogenannte pseudonymisierte Nutzungsprofile anlegt.

Genauere Informationen darüber, wie die Telekom diese Nutzungsprofile weiterverwendet, fehlen zwar – vermutlich werden die Daten auch weiterhin zu Marktforschungs- und Werbezwecken genutzt. Zumindest ist die vereinfachte Datenschutzerklärung aber ein Schritt in die richtige Richtung.

## Datenschutzerklärung: Unternehmen fahren mehrgleisig


So viel Prozent der deutschen Unternehmen ab 500 Mitarbeitern verwenden ... Datenschutzerklärung(en)

- ... 1
- ... 2
- ... 3 bis 5
- ... mehr als 5



Repräsentative Befragung von 509 Unternehmen ab 20 Mitarbeitern im Jahr 2016

Quelle: Bitkom  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

# Gute Seiten, schlechte Seiten

**Diversität.** Wenn sich die Belegschaft aus unterschiedlichen Nationalitäten zusammensetzt, ist das per se weder positiv noch negativ für den Erfolg eines Unternehmens. Letztlich braucht es ein durchdachtes Diversity Management, um die Vielfalt produktiv zu nutzen.

Mal eben eine Videokonferenz mit den Kollegen in New York oder Neu-Delhi abhalten – dank moderner Kommunikationsmedien ist das heute Standard. Doch nicht nur virtuell arbeiten die Beschäftigten verschiedener Herkunft immer enger zusammen, auch vor Ort sind viele Belegschaften längst „divers“ – und zwar in allen Branchen. Dies belegen Auswertungen des IW Köln auf Basis des Linked-Employer-Employee-Datensatzes (LIAB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Grafik):

**Der Anteil der Mitarbeiter mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag in privaten deutschen Unternehmen zuletzt je nach Branche zwischen gut 4 und fast 8 Prozent.**

Oft betont die Personalmanagement-Literatur nur die Vorteile der Diversität. Doch die Analyse der LIAB-Daten durch das IW Köln zeigt: Diversität ist nicht von vornherein gut oder schlecht für den Erfolg eines Unternehmens. Auf der einen Seite können Prozesse der sozialen Kategorisierung – umgangssprachlich: Grüppchenbildung – zu Konflikten innerhalb der Belegschaft führen. Auf der anderen Seite bringt der Austausch zwischen Mitarbeitern unterschiedlicher Nationalitäten neue Ideen hervor.

Welcher Effekt überwiegt, hängt vom betrieblichen Kontext ab. Die IW-Forscher zeigen zum Beispiel, dass das Konfliktpotenzial in Firmen

mit einem relativ hohen Anteil an Beschäftigten mit geringqualifizierten Tätigkeiten tendenziell höher ausfällt – mit negativen Folgen für die Wertschöpfung.

In Firmen, in denen der Anteil an geringqualifizierten Tätigkeiten niedriger ist, lässt sich dieser Effekt dagegen nicht beobachten. Vielmehr profitieren Unternehmen bei anspruchsvollen Tätigkeiten offenbar besonders stark von der Wissensvielfalt interkultureller Teams.

Wichtig ist in jedem Fall ein Diversity Management, das die positiven Einflüsse der Vielfalt stärkt und die negativen Folgen minimiert.

## Aus IW-Trends 3/2016

Andrea Hammermann, Matthias Nienendorf, Jörg Schmidt: Kulturelle Diversität als Erfolgsfaktor? Empirische Ergebnisse auf Basis des Linked-Employer-Employee-Datensatzes des IAB

[iwkoeln.de/diversitaet](http://iwkoeln.de/diversitaet)

## Diversität in der Wirtschaft

Private Unternehmen ab fünf Mitarbeitern in Deutschland

- Anteil der Mitarbeiter mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Prozent
- Zahl der Nationalitäten im Betrieb
- Blau-Index: Prozentuale Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb eines Betriebs unter allen Beschäftigten mit ausländischer Herkunft zwei zufällig ausgewählte Personen einer unterschiedlichen Nationalität angehören

Bergbau, Industrie, Baugewerbe	5,2	1,9	28,5
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	7,8	1,9	26,6
Finanz-, IT- und unternehmensnahe Dienstleistungen	4,9	1,9	29,7
Erziehung, Gesundheit, Soziales	4,4	1,8	28,8
Exportierendes Unternehmen	5,9	2,4	33,1
Kein exportierendes Unternehmen	5,6	1,7	25,7
Anteil von Beschäftigten mit geringqualifizierter Tätigkeit:			
Mindestens 20 Prozent	8,7	2,4	35,1
Weniger als 20 Prozent	3,4	1,7	25,3

Durchschnittswerte; Stand: 2009

Ursprungsdaten: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
© 2016 IW Medien / iwd

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
(verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,  
Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de  
**Bezugspreis:**  
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,  
inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon: 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:**  
Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445  
**Druck:** Henke GmbH, Brühl

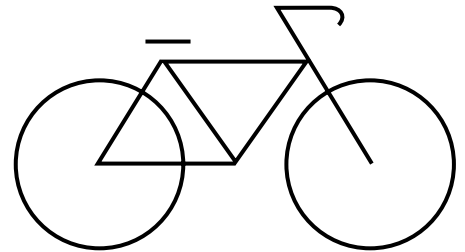
Rechte für den Nachdruck oder die  
elektronische Verwertung über:  
lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
pressemonitor.de

**iw.köln.wissen**  
SCHAFFT KOMPETENZ.

## Zahl der Woche

## 72 Millionen

Fahrräder besaßen die Deutschen 2015 laut ZIV, dem Zweirad-Industrie-Verband. Allein im vergangenen Jahr kauften die Bundesbürger 4,35 Millionen neue Fahrräder und E-Bikes. Der Durchschnittspreis für ein Velo betrug 2015 knapp 560 Euro, für ein E-Bike gaben die Verbraucher im Schnitt zuletzt 2.350 Euro aus. Der Gesamtumsatz der deutschen Fahrradbranche belief sich 2015 auf 5 Milliarden Euro.



## Mein iwd

**iwd.de: jetzt noch mehr Funktionen.**

iwd.de – das Info-Portal für relevante Wirtschaftsthemen bietet Ihnen jetzt noch mehr Komfort. Mit „Mein iwd“ können Sie ab sofort alle Artikel, Grafiken und Dokumente direkt im Web markieren, bearbeiten und in einem eigenen Bereich abspeichern. Damit haben Sie geräteunabhängig Zugriff auf alle Ihre Daten. Nutzen Sie jetzt „Mein iwd“.